

## **SARS-CoV2/Covid-19-Pandemie Unverzichtbarer öffentlicher Dienst braucht Unterstützung**



**dbb**  
**beamtenbund  
und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

### **Entschließung des Vorstandes des dbb rheinland-pfalz**

**vom 27. Oktober 2020**

Die Corona-Pandemie belastet auch den öffentlichen Dienst in besonderer Weise und erfordert von allen einen langen Atem im Umgang mit Anpassungsdruck und kollektiven sowie individuellen Infektionsschutzmaßnahmen.

Der öffentliche Dienst hat von Anfang an maßgeblich zur Krisenbewältigung unter teils schwierigen Bedingungen beigetragen. Er wird dies auch künftig tun.

Im Hinblick auf den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz wird durch die Pandemie noch deutlicher erkennbar, wo es hakt.

Der dbb rheinland-pfalz sieht sich in seinen jahrelangen Forderungen nach Verbesserungen der Personal- und Sachausstattung, der Infrastruktur sowie auch der Bezahlung im öffentlichen Dienst bestätigt.

Für uns ist grundsätzlich klar:

Jahrelanger Modernisierungsbedarf im öffentlichen Dienst muss jetzt gedeckt werden.

Zur Verfügung stehende Finanzmittel müssen zweckgerichtet verwendet werden.

Einschnitte zulasten des öffentlichen Dienstes als Folge des krisenbedingten Neuverschuldungsanstiegs darf es nicht geben.

In der Krise darf nicht am falschen Ende gespart werden.

Sorgen des Personals aufgrund der infektiologischen Unsicherheit müssen ernst genommen werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- grundsätzliche Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung für alle Besucher in allen Dienstgebäuden des Landes
- generell mehr Personal und mehr Mittel, akut insbesondere für Gesundheitsämter zur Aufrechterhaltung regelmäßiger Aufgaben wie zum Beispiel Einschulungsuntersuchungen sowie im wichtigen Bereich Hygieneüberwachung
- kein Wegfall von Arbeitsplätzen (etwa durch „Entmietung“ von Büroräumen)
- verbindliche, mit Gewerkschaften und Personalvertretungen abgestimmte Richtlinien für den Einsatz flexibler Arbeitsmodelle
- Erweiterung des Gleitzeitrahmens auf 6 Uhr bis 19 Uhr
- Ausweitung der alternierenden Tele- und Heimarbeit auf freiwilliger Basis
- Bereitstellung der Mittel für die erforderliche Anschaffung von Hardware (Notebooks, Drucker, Thin-Clients ...), für flächendeckend schnelles Internet an Schulen samt der Bereitstellung von Dienstgeräten sowie die Sicherstellung der Dienstgerätewartung
- Bereitstellung der Ausstattung für Telefon- und Videokonferenzen
- Einrichtung kleinerer Klassen und die Einhaltung des Mindestabstands aus Gründen des Gesundheitsschutzes in Schulen
- bessere Belüftung der Schulräume durch entsprechende bauliche Maßnahmen und die Aufstellung von intelligenten Belüftungsgeräten
- Einführung einer steuerlichen Pauschale für Kosten des mobilen Arbeitens
- Forcierung eines schnelleren Breitbandausbaus

Der öffentliche Dienst ist systemrelevant, sein Personal braucht jetzt die angemessene Unterstützung, um zukunftsfest die Krise zu meistern.